

## Das politische System und das ökonomische System der DDR (Klaus Schröder)

### Das politische System – Machtmonopol der SED und Gewalteneinheit

Die SED besaß von der Gründung bis zum Untergang der DDR unter dem Schutz und nach Maßgabe der sowjetischen Besatzungsmacht unbeschränkte Macht, die sich auf alle Bereiche von Staat und Gesellschaft erstreckte und mit einer entsprechenden Politik der Sicherung und des Ausbaus der Parteimacht verbunden war. Die Partei legitimierte ihre „Führungsrolle“ durch die „historische Mission“, die vom Marxismus-Leninismus der „Arbeiterklasse“ und ihrer Avantgarde – der kommunistischen Partei – zugeschrieben wird. Demokratische Wahlen gab es nicht. Die DDR war eine Diktatur der Partei – der SED – über das Volk.

An die Stelle der im politischen System moderner westlicher Gesellschaften vorhandenen Gewaltenteilung trat in der DDR die Gewaltenkonzentration, d. h., die legislative, judikative und exekutive Macht lag in den Händen der SED-Führung. In ihrem Aufbau folgte die SED dem Vorbild der sowjetischen KPdSU. Im Zentrum der Macht saß der Generalsekretär des Zentralkomitees (von 1950–1971 Walter Ulbricht; von 1971–1989 Erich Honecker, im Herbst 1989 kurzzeitig Egon Krenz), der die wichtigsten Funktionen in Partei und Staat auf sich vereinte. Er leitete die Sitzung des Politbüros und des Sekretariats des ZK und war Chef des zentralen Parteiapparates, der für die Umsetzung der Beschlüsse der obersten Parteigremien verantwortlich war. Seit 1960 fungierte der jeweilige Generalsekretär meist auch als Vorsitzender des Staatsrates und damit als formales Staatsoberhaupt der DDR.

Die im SED-Politbüro getroffenen Entscheidungen waren sowohl für die Gliederungen der Partei in den Bezirken und Kreisen der DDR als auch für den gesamten Staatsapparat verbindlich. Die SED übertrug ihr hierarchisches Organisationsprinzip – den demokratischen Zentralismus – auf alle anderen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen. Nach diesem Prinzip hatten nachgeordnete Instanzen die Beschlüsse der Zentrale in ihrem Bereich umzusetzen.

Die SED-Führung lenkte und kontrollierte über ihren zentralen und regionalen Parteiapparat die anderen Blockparteien und alle Massenorganisationen. Nur die Kirchen waren formal eigenständig, standen aber ebenso unter Beobachtung und Kontrolle der Partei und vor allem des MfS.

Eine zentrale Rolle bei der Absicherung des SED-Machtmonopols spielte die politische Justiz. Das sozialistische Recht galt als „Waffe im Klassenkampf“, Rechtsfragen waren Machtfragen. Die SED-Führung konnte jederzeit das „sozialistische Recht“ in ihrem Sinne auslegen. Es gab keine Kontrolle durch ein Verfassungsgericht oder Verwaltungsgerichte. Über ein so genanntes Nomenklatursystem besetzte die SED alle wichtigen Leitungsfunktionen in den

Parteien sowie in Staat, Wirtschaft und gesellschaftlichen Organisationen. Die Auswahl der Kader – wie das Personal genannt wurde – erfolgte aufgrund einer mehrstufigen Hierarchie, nach der die jeweils zuständige SED-Gliederung immer die letzte Entscheidung traf.

Die SED-Führung hielt ihre Macht über vier Jahrzehnte nicht nur durch die Androhung und Anwendung von Zwang und Gewalt aufrecht, sondern konnte sich außerdem auf eine ihr loyal ergebene Schicht von etwa 300 000 bis 400 000 Funktionären stützen.

### Das ökonomische System – zentralistische Planwirtschaft und Umweltzerstörung

Unmittelbar nach Kriegsende begann die sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Zone unter dem Etikett der Entnazifizierung mit der Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse. Banken und Versicherungen sowie der größte Teil der Industrie wurden beschlagnahmt, Großgrundbesitzer und Großbauern im Zuge einer Bodenreform enteignet. Ab Juni 1947 übernahm die „Deutsche Wirtschaftskommission“ (DWK) die gesamtwirtschaftliche Planung, Lenkung und Kontrolle des Wirtschaftsprozesses. Schon Anfang der 1950er Jahre arbeitete weniger als die Hälfte der Werktätigen in der Privatwirtschaft. Die Verstaatlichung bis hin zu mittleren und kleinen Betrieben setzte sich bis 1972 fort. Ab diesem Zeitpunkt existierten nur noch wenige private Unternehmen. Durch den fortschreitenden Konzentrationsprozess wurden die volkseigenen Betriebe (VEB) immer größer und schließlich Ende der siebziger Jahre in Kombinat zusammengefasst.

Entsprechend der zentralistischen Planwirtschaft entwarf eine zentrale staatliche Plankommission (SPK) nach den Vorgaben der Parteiführung zumeist Fünf-Jahres- und Einjahres-Wirtschaftspläne, die den Betrieben zur Bestätigung oder Ergänzung vorgelegt wurden. Nach einem Abgleich der Pläne der verschiedenen Wirtschaftseinheiten erstellte die SPK einen vollzugsverbindlichen Plan. Da die Pläne weitgehend stofflicher Natur waren und die Preise nach politischen Vorgaben festgelegt wurden, spiegelten sie – anders als in Marktwirtschaften – keine realen Knappheitsrelationen wider. Die Planerfüllung war das primäre Ziel aller mit der Produktion befassten wirtschaftlichen und politischen Stellen, nicht zuletzt, weil fast alle Vergünstigungen und Privilegien von ihr abhingen.

Da Mängel in der Planerfüllung jederzeit auftreten konnten, waren alle beteiligten Akteure stets dem Risiko ausgesetzt, durch Zulieferstörungen in der eigenen Planerfüllung behindert zu werden. Um dies zu vermeiden, häuften die Betriebe „heimliche Reserven“ an Material, Maschinenkapazitäten und Arbeitsleistung an. Diese Reserven waren darüber hinaus das Mittel, um auf dem Schwarzmarkt – dem marktwirtschaftlichen Ventil der Planwirtschaft –

vieles von dem eintauschen zu können, was der reguläre  
 105 Plan nicht bereitstellen konnte. Dieses Prinzip – im DDR-  
 Jargon: SKET = sehen, kaufen, einlagern, tauschen – galt  
 nicht nur für die Betriebe, sondern vor allem auch für pri-  
 vate Haushalte.

Das politische Preissystem sah eine umfassende Subven-  
 110 tionierung von Gütern und Dienstleistungen des alltägli-  
 chen Lebens vor, belegte jedoch andererseits so genannte  
 „Luxusgüter“ künstlich mit höheren Preisen. Die Subven-  
 tionierung führte allgemein zu einem verschwenderischen  
 Umgang mit Ressourcen. So war es zum Beispiel günstiger,  
 115 Schweine mit Brot statt mit Kraftfutter zu füttern. Wasser  
 und Energie wurden ohne Rücksicht auf ökologische Aus-

wirkungen genutzt, so dass die darüber hinaus produkti-  
 onsbedingte Umweltverschmutzung in der DDR erschre-  
 ckende Ausmaße annahm.

120 Nachdem eine Wirtschaftsreform in den sechziger Jahren  
 gescheitert war, propagierte Honecker in den siebziger  
 Jahren die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Ob-  
 schon die sozialen Leistungen vergleichsweise eher gering  
 ausfielen, belasteten und überforderten sie die ohnehin  
 125 geschwächte Wirtschaftskraft.

In ihrer wirtschaftlichen Schlussbilanz entsprachen die  
 durchschnittliche Produktivität und der durchschnittliche  
 Lebensstandard der DDR etwa dem Niveau der Bundes-  
 republik Ende der sechziger Jahre.

## Einige Eckdaten und Ereignisse zur Geschichte der DDR

Datum	Ereignis
8.5.1945	Bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Ende des 2. Weltkriegs in Europa.
5.6.1945	Deutschland wird von den Siegermächten (USA, Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion) in 4 Besatzungszonen eingeteilt. Eine Sonderregelung gilt für Berlin, das auch in 4 Sektoren aufgeteilt wird.
9.6.1945	Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) übernimmt in Berlin-Karlshorst die Verwaltung der SBZ (Sowjetischen Besatzungszone).
21.6.1946	Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in der SBZ und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) bilden die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED).
23.5.1949	Das Grundgesetz wird erlassen. Gründung der Bundesrepublik Deutschland.
7.10.1949	Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).
17.6.1953	Immer größere wirtschaftliche Probleme nach einer Erhöhung der Arbeitsnormen zu Protesten, die sich zu einem Volksaufstand ausweiten. Der Aufstand wird mit Hilfe sowjetischer Truppen niedergeschlagen.
1960	Walter Ulbricht (1893–1973) wird Vorsitzendes des Staatsrats der DDR.
bis 1961	Über 3 Millionen Menschen flüchten aus der DDR nach Westberlin und in die Bundesrepublik.
13.8.1961	Beginn des Mauerbaus und des Grenzbefestigungssystems durch die DDR.
1963	Margot Honecker (geb. 1927) wird Minister für Volksbildung.
25.2.1965	Verabschiedung des „Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“.
21.12.1972	Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen der DDR und der Bundesrepublik.
2.5.1974	Eröffnung der „Ständigen Vertretungen“ der Bundesrepublik Deutschland (Ost-Berlin) und der DDR (Bonn).
29.10.1976	Erich Honecker (1912–1994) wird Staatsratsvorsitzender.
10.3.1985	Michail Gorbatschow wird Staats- und Parteichef in der Sowjetunion.
25.2.1986	27. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Gorbatschow kündigt eine neue Politik an: Umbau des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Systems (Perestroika) und mehr Offenheit (Glasnost).
bis 1989	Wachsende Unzufriedenheit mit den ökonomischen und politischen Verhältnissen in der DDR. Immer mehr Menschen stellen Ausreisanträge. Oppositionelle Gruppierungen mit ökologischen und politischen Zielen formieren sich und erhalten Zuspruch.
7.5.1989	Kommunalwahlen in der DDR. Die Oppositionsbewegungen können in zahlreichen Fällen Wahlbetrug nachweisen.
1989	Flucht von tausenden von DDR-Bürgern vor allem über Ungarn in den Westen.
25.9.1989	Beginn der Montagsdemonstrationen in Leipzig. Auch in anderen Städten kommt es zu Protestaktionen gegen die herrschende Politik.
7.10.1989	Militärparade zur Feier des 40. Jahrestags der Gründung der DDR. Es kommt an vielen Orten zu Demonstrationen gegen das herrschende Regime.
18.10.1989	Rücktritt Erich Honeckers. Egon Krenz (geb. 1937) wird Generalsekretär des Zentralkomitees der SED.
4.11.1989	Hunderttausende von DDR-Bürgern versammeln sich auf dem Alexanderplatz, um für Reformen zu demonstrieren.
7.11.1989	Rücktritt des Ministerrates.
8.11.1989	Rücktritt des Politbüros.
9.11.1989	Öffnung der Grenze, Fall der Mauer.
13.11.1989	Hans Modrow wird durch die Volkskammer zum Ministerpräsidenten gewählt.
18.3.1990	1. freie Volkskammerwahlen. Die Ost-CDU wird stärkste Partei.
12.4.1990	Die Volkskammer wählt Lothar de Maiziere zum Ministerpräsidenten.
3.10.1990	Die fünf ostdeutschen Länder treten dem Geltungsgebiet des Grundgesetzes bei. Die DDR hört auf zu bestehen.